

# Der Preis der Dummheit

SZ, 27.09.06

Viele Europäer wollen, dass die Gespräche mit der Türkei über einen EU-Beitritt scheitern. So gerät ein Land, das sie unbedingt brauchen, wieder unter den Einfluss seiner ältesten Rivalen

Von Joschka Fischer

Die Europäer haben mit der Entscheidung für einen Einsatz im Libanon eine weitreichende, riskante und zugleich richtige Entscheidung getroffen. Denn im östlichen Mittelmeer und im Nahen Osten wird über die Zukunft der europäischen Sicherheit entschieden. Europa nimmt jetzt dort eine neue, eine strategische Rolle ein, ob es ihm gefällt oder nicht. Scheitert Europa mit dieser Rolle, so wird es einen hohen Preis dafür zu bezahlen haben.

Umso wichtiger wäre es daher, angesichts der sehr großen Risiken, die man sehenden Auges eingeht, eine europäische *Grand Strategy* für das östliche Mittelmeer und den Nahen Osten zu entwickeln und seine Interessen kühl zu definieren. In jeder ernst zu nehmenden Variante einer solchen *Grand Strategy* kommt dabei der Türkei politisch, militärisch, ökonomisch und kulturell die zentrale Rolle zu. Das europäische Interesse gebietet eigentlich gerade jetzt die feste, ja unlösbare An- und Einbindung dieses regionalen Sicherheitspfeilers in europäische Interessen. Erstaunlicherweise aber macht Europa das gerade Gegenteil und schließt fest die Augen vor dieser strategischen Herausforderung.

Gelingt die Modernisierung und Demokratisierung der Türkei mit einer starken Zivilgesellschaft, der Herrschaft des Rechts und einer modernen Wirtschaft, dann wird dies nicht nur für die Türkei ein großer Erfolg werden, sondern Stabilität in die gesamte Region exportieren und als Transformationsmodell in der islamischen Welt wirken. Die erfolgreiche Modernisierung eines großen muslimischen Landes wird vor allem aber auch ein überragender Beitrag für Europas Sicherheit sein.

Seit den Tagen des Staatsgründers Kemal Atatürk, seit mehr als acht Jahrzehnten also, hängt die Modernisierung der Türkei von ihrer westlich-europäischen Perspektive ab. Diese Perspektive wird seit nunmehr 43 Jahren zentral durch das Beitrittsinteresse der Türkei zur Europäischen Union und durch das Beitrittsversprechen der EU definiert. Bereits ein kurzer Blick auf die Europa benachbarte Krisenregion macht sofort klar, welche überragende Bedeutung die Türkei für die europäische Sicherheit hat: Iran, Irak, Syrien, der Nahostkonflikt, Zentralasien und der südliche Kaukasus, islamischer Terrorismus, Emigration und die europäische Energieversor-

gung sind einige der Problemfelder, bei denen wir auf die Türkei angewiesen sind. Und gerade jetzt gefallen sich die Europäer in wachsendem Desinteresse an Fortschritten in den europäisch-türkischen Beziehungen.

In diesem Herbst nun steht der Fortschrittsbericht der EU-Kommission über die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an. Aus diesem Bericht kann sich eine gefährliche Situation entwickeln, die den gesamten Prozess entgleisen lassen kann. Die Türkei weigert sich, das sogenannte „Ankara-Protokoll“ zu erfüllen und ihre Häfen, Flughäfen und Straßen für die (griechische) Republik Zypern zu öffnen, solange die EU – blockiert von der griechisch-zypriotischen Regierung in Nikosia – nicht ihrerseits ihre Zusagen erfüllt und den Handel mit dem türkisch regierten Nordzypern eröffnet. Die EU hat diese Zusagen auf dem Europäischen Rat im Dezember 2003 und formell auf dem Außenministerrat im April 2004 gegeben, allerdings bis heute nicht eingelöst. Ankara – und nicht die EU! – hat hier also einen legitimen Punkt.

Die Regierung von Ministerpräsident Erdogan hatte damals das fast nicht für möglich Gehaltene erreicht und die Jahrzehnte währende Ablehnungshaltung der türkischen Zypriener erfolgreich verändert. Der türkische Norden stimmte in der Folge dem Plan von UN-Generalsekretär Kofi Annan zur Lösung des Zypern-Konflikts zu; es war der Plan, den auch die EU massiv unterstützte. Der griechische Süden aber, angeführt von seiner Regierung, hat diesen abgelehnt. Sollte also die EU allen Ernstes die Türkei in diesem Herbst für ihren erklärten Mangel an weiteren Zugeständnissen gegenüber dem EU-Mitgliedsstaat Zypern verantwortlich machen – und eben nicht die eigentlichen Verursacher der Blocka-



Joschka Fischer, Bundesaußenminister von 1998 bis 2005, ist Gastprofessor an der Woodrow-Wilson-School in Princeton. Er schreibt exklusiv für *Project Syndicate* und die *Süddeutsche Zeitung*. Foto: AP

de in Nikosia –, so wäre dies zutiefst ungerrecht, und darüber hinaus auch töricht.

Manchen in der EU – vor allem in Frankreich, in Deutschland und in Österreich – scheint eine solche Crash-Perspektive richtiggehend zu behagen. Denn man meint, auf diese Weise die Türken zum Aufgeben bringen zu können. Aber diese Haltung ist von wenig Sinn für Verantwortung geprägt. Die EU ist gegenwärtig dabei, aus kurzfristigen innenpolitischen Interessen in einigen wichtigen Mitgliedstaaten heraus, einen strategischen Großfehler in diesem Herbst zu begehen.

Welche Perspektive hätte denn die Türkei jenseits von Europa? Pantürkische Illusionen? Oder eine Rückkehr in den Orient und zum Islam? Beides wird nicht funktionieren. Aber ebenso wenig wird die Türkei vor der verschlossenen Tür Europas untätig sitzen bleiben. Europa arbeitet gerade daran, ein historisch eigentlich unmögliches Bündnis in seiner unmittelbaren Nachbarschaft zu erzwingen und die alten regionalen Rivalen Russland, Iran und Türkei in ein mögliches Bündnis zu treiben. Alle drei Mächte sind für europäische Interessen von überragender Bedeutung, und alle drei Mächte waren eigentlich niemals Bündnispartner, sondern immer Rivalen gewesen. Aber die Europäer scheinen sich vorgenommen zu haben, das Unmögliche zu ihren Lasten zu schaffen.

Die Frustration über Europa nimmt laut Umfragen in der Türkei dramatisch zu. Zugleich wächst in der Bevölkerung die Sympathie für den Iran, die Entfremdung gegenüber dem Westen vergrößert sich, und die diplomatischen Beziehungen mit Russland erleben eine bisher kaum gekannte Intensität.

Gewiss, in Europa gibt es massive innenpolitische Widerstände gegen einen Beitritt der Türkei. Wie am Ende dieses Prozesses die Entscheidung auf beiden Seiten aussehen wird, ist daher offen. Den Prozess selbst aber hier und heute und sehenden Auges zu gefährden, läuft auf eine große und teure Dummheit der Europäer hinaus – das Schlimmste, was es in der Politik geben kann. In den europäisch-türkischen Beziehungen rasen also gegenwärtig zwei Züge aufeinander zu, die dringend angehalten werden müssen. Denn weder die Türkei noch Europa können sich einen absehbaren Crash erlauben.